



**M**annheimer

**Z**entrum für

**E**uropäische

**S**ozialforschung

## **Arbeitspapiere**

AB I / Nr. 2

Stephan Soltys

Besonderheiten und zukünftiger Wandel  
der Erwerbsstruktur in Polen

## **Working Papers**



**Mannheim Centre for European Social Research**

1993

**Stephan Soltys**

**Besonderheiten und zukünftiger Wandel  
der Erwerbsstruktur in Polen**

*Soltys, Stephan*

Besonderheiten und zukünftiger Wandel der Erwerbsstruktur in Polen

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

Arbeitspapier AB I (Arbeitsbereich I) / Nr. 2

Mannheim 1993

Redaktionelle Notiz:

*Dr. Stephan Soltys, geboren 1953 in Neustettin, studierte Soziologie in Posen; 1983 Promotion zum Dr. phil., danach wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kattowitz (Lehrstuhl für Arbeits- und Organisationssoziologie); 1977-1988 Durchführung verschiedener Studien in polnischen Betrieben; Publikationen in den Bereichen Arbeits-, Industrie- und Organisationssoziologie.*

*Stephan Soltys ist derzeit Projektmitarbeiter im von der Volkswagen-Stiftung geförderten MZES-Projekt "Arbeitslosigkeit als sozialpolitisches Problem im Prozeß der Demokratisierung und der Entwicklung der Marktwirtschaft in Polen". Ziel des Projektes ist eine soziologische Deskription und Analyse der Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der arbeitslosigkeitsbezogenen Sozialpolitik in Polen während des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft.*

## Inhalt

Vorwort	1
<b>Zur Erwerbsstruktur der osteuropäischen Länder</b>	<b>2</b>
<b>Allgemeine Charakteristik der Erwerbsstruktur in Polen</b>	<b>4</b>
Wirtschafts- und Eigentumssektoren	4
Landwirtschaft	7
Industrie	9
Die soziale und demographische Struktur der Erwerbstätigkeit	10
Wandel der Erwerbstätigkeit in Polen infolge der Wirtschaftstransformation	12
<b>Zu erwartender weiterer Wandel der Erwerbsstruktur in Polen</b>	<b>15</b>
Anmerkungen	19



## **Vorwort**

Die Erwerbsstruktur in Polen war über 40 Jahre durch die Institutionen und Regeln des sozialistischen Systems geprägt. Die Umstrukturierung gemäß den sozialistischen Zielen war jedoch nicht vollständig und sowohl durch viele Widersprüche als auch durch eine wechselnde Dynamik gekennzeichnet. Um die Besonderheiten der Erwerbsstruktur in Polen besser vorstellen zu können, muß man zuerst einen Grundriß der Erwerbstruktur in Osteuropa skizzieren. Als Beispiele nehme ich Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn. Dies wird helfen, die Spezifik Polens besser zu verstehen. Meine Analyse wird überwiegend auf der Basis von Daten für das Jahr 1988 durchgeführt.

## Zur Erwerbsstruktur der osteuropäischen Länder<sup>1</sup>

Die Erwerbsstrukturen der osteuropäischen Gesellschaften vor ihrem Übergang zur Marktwirtschaft weisen gemeinsame Merkmale auf, die zum einen aus der Funktionsweise der Verwaltungswirtschaft in einem nicht-demokratischen System und zum anderen aus dem - schon traditionellen - Rückstand der wirtschaftlichen Entwicklung resultieren.

Die mit dem technologischen Rückstand und mit dem unwirtschaftlichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeit, verbundene niedrige Arbeitsproduktivität (30 -50 Prozent unter dem westlichen Niveau) erzwingt einen extensiven Einsatz von Arbeitskräften (hohe Erwerbsquote, viele Arbeitsstunden), der erst durch niedrige Arbeitskosten ermöglicht wird. In den osteuropäischen Ländern lag daher die Erwerbsquote weit über der der westeuropäischen Länder (mit Ausnahme Skandinaviens aufgrund der dort ausgedehnten Frauen-Teilzeitarbeit). Dagegen betrug der Anteil an teilzeitbeschäftigten Frauen in der Tschechoslowakei und Polen in den 1980er Jahren nur etwa 5 - 8 Prozent. In Osteuropa bestand die hohe Erwerbsquote bei Frauen trotz geringerer Entwicklung des Dienstleistungssektors und wenig verbreiteter Teilzeitarbeit und wurde durch ausgebaute sozialpolitische Maßnahmen im Rahmen der Frauen- und Familienpolitik ermöglicht.

Im Vergleich zu Westeuropa war die "sozialistische Industrialisierung" durch eine besondere Forcierung des Aufbaus der Schwerindustrie und eines damit verbundenen extensiven Einsatzes der Produktionsfaktoren (Rohstoffe, Kapital, Arbeit) gekennzeichnet. Im Vergleich dazu wurde der Ausbau der Dienstleistungen überall ziemlich vernachlässigt, und der Anteil des Agrarsektors blieb aufgrund niedriger Produktivität relativ hoch. Aus dieser sektoralen Wirtschaftsstruktur und rückständiger Landwirtschaft ergibt sich ein hoher Anteil unqualifizierter Arbeit.

Die Funktionsweise der Verwaltungswirtschaft wie des kommunistischen politischen Systems haben zur Entwicklung einer extensiven Bürokratie mit vielstufigen Mittelstrukturen geführt. Das gilt auch für die ausgedehnte Administration der Betriebe (mit ihren zusätzlichen, vor allem sozialpolitischen Funktionen) sowie für die politischen und staatlichen Kontrollapparate, insbesondere für die überproportional ausgebauten Streitkräfte.

Aus der funktionalen Notwendigkeit einer Kontrolle aller Lebensbereiche für das Überleben der sozialistischen Ordnung ergibt sich auch der geringe Anteil privater Erwerbstätigkeit. Die Dominanz des Staatseigentums hat zur Unterstützung der Vollbeschäftigungspolitik beigetragen. Damit war es möglich, nur politisch begründete Programme zu forcieren (z.B. die Investitionen zwecks Beschaffung neuer Arbeitsplätze wie auch die Einstellung von Arbeitskräften trotz deren niedriger Produktivität).

Die Beschäftigungsstruktur wird durch die staatlichen Großbetriebe dominiert, die zugleich die lokalen Arbeitsmärkte beherrschen, so daß die Gemeinden oft von den wirtschaftlichen Konditionen eines Betriebes abhängig sind. Diese Abhängigkeit wird durch die geringen territorialen Mobilitätschancen für Arbeitskräfte aufgrund der Wohnungsnot und der schlechten Verkehrsmöglichkeiten noch verstärkt.

Typisch für die Verwaltungswirtschaft ist die lexikographische Präferenz für das Recht auf Arbeit und die damit verbundene Vollbeschäftigung, deren Kosten für die sozialistische Volkswirtschaft sehr hoch waren. Dies führte zu einer versteckten Arbeitslosigkeit, zu einer Vernachlässigung der arbeitssparenden Investitionen sowie zu niedriger Arbeitsproduktivität und zu niedrigen Löhnen. In verschiedenen Studien wurde das Niveau der versteckten Arbeitslosigkeit für einzelne osteuropäische Länder auf 15 bis 30 Prozent aller Arbeitskräfte geschätzt.

Der systemische Überbesatz mit Arbeitskräften war ein Faktor, der deren so entstandene Knappheit wesentlich mitbestimmt. Der so verstandene Arbeitskräftemangel hat alle Betriebe (vor allem angesichts der Notwendigkeit der Erfüllung der durch das Prämiensystem belohnten Planaufgaben) zur Hortung von ohnehin billigen Arbeitskräften gezwungen und führte damit zu einer ständig wachsenden Nachfrage. Es bildete sich ein dysfunktionaler Kreislauf: Knappheit - Hortung - Knappheit.



## **Allgemeine Charakteristik der Erwerbsstruktur in Polen**

In Polen besteht eine Konstellation von Merkmalen der Erwerbsstruktur, die für osteuropäische Länder typisch ist, aber durch einige spezifisch polnische Faktoren modifiziert wird. Sie zeichnet sich durch eine niedrige Arbeitsproduktivität aus, eine hohe Erwerbsquote (sowohl für Frauen als auch für Männer), eine Dominanz rückständiger aber privater Landwirtschaft einerseits und rein staatlicher (Schwer-) Industriesektoren mit hohem Anteil an unqualifizierter, in Großbetrieben organisierter Arbeit andererseits. Der hohe Konzentrationsgrad von Produktionsstädten und Beschäftigten trägt zur eingeschränkten territorialen Mobilität bei.

### **Wirtschafts- und Eigentumssektoren**

Von großer Bedeutung ist die spezifische sektorale Struktur Polens. Zwei Sektoren - die Landwirtschaft und die Industrie, in denen die Mehrheit der gesamten Arbeitskräfte (56,9 Prozent tätig war - monopolisieren den gesamten Arbeitsmarkt. Im Dienstleistungssektor waren etwa 35 Prozent beschäftigt (vgl. Tabelle 1).

Der bestehende Mangel an nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen auf dem Lande hat zur Zunahme der Erwerbstätigen in der Industrie und in den Dienstleistungen geführt. Die Abnahme der Beschäftigung in der Landwirtschaft war jedoch nicht so drastisch wie man erwarten konnte: Im Jahre 1950 waren es 5,4 Mill. Personen (53,6 Prozent aller Arbeitskräfte) und im Jahre 1988 4,6 Mill. (27,1 Prozent). Zugleich ist die Zahl der Arbeitskräfte (und demzufolge die Erwerbsquote) ständig von 10,2 Mill. (40,7 Prozent) bis 17,3 Mill. (48,5 Prozent) gestiegen, vor allem in der Industrie und anderen nicht-agrarischen Wirtschaftsbereichen. Angesichts der Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in der gesamten Volkswirtschaft haben sich also die Proportionen zuungunsten der Landwirtschaft geändert, ist aber in dieser keine drastische Abnahme der Erwerbstätigkeit erfolgt.

Ein Spezifikum der Erwerbstruktur in Osteuropa und in Polen ist eine ausgebaute Bürokratie im staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Apparat. Die Betriebe waren auch Instanzen sozialpolitischer Aktivitäten (Kindergärten, Ferienheime, Klubs Häuser).

Tabelle 1: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Eigentumsformen im Jahresdurchschnitt 1988

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige <sup>a</sup>		Staatswirtschaft <sup>b</sup>		Privatwirtschaft	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
Land- und Forstwirtschaft	4 885	28,5	1 150,4	23,6	3 735,6	76,4
Industrie	4 894	28,5	4 321,4	88,3	574,6	11,7
Bauwesen	1 350	7,9	071,9	79,4	278,6	20,6
Verkehrs-/Fernmeldewesen	1 033	6,0	997,9	96,6	35,7	3,4
Handel	1 477	8,6	1 388,4	94,0	89,7	6,0
Kommunal- und Wohnungs- wirtschaft	661	3,9	557,2	84,3	103,8	15,7
Bildung, Wissenschaft, Kultur	1 130	6,6	1 127,6	99,7	3,4	0,3
Gesundheit, Sozialfürsorge, Sport, Touristik	899	5,2	895,4	99,6	3,6	0,4
Öffentliche Verwaltung, Rechtspflege, Polizei, Armee	657	3,8	657,0	100,0	-	-
Finanz- und Versicherungs- wesen	165	1,0	165,0	100,0	-	-
Insgesamt	17 151	100,0	12 332,2	71,9	4 825,0	28,1

a) umgerechnet in Vollzeitbeschäftigte

b) sozialistischer Sektor

Quelle:

GUS, Rocznik Statystyczny (Statistisches Jahrbuch) 1989, S.63 ff., Tab.2; GUS Praca 1990, Warszawa 1991, S. 64 ff

In Polen wurde das staatliche Eigentumsmonopol teilweise gebrochen. 1988 waren in der Privatwirtschaft 4,8 Millionen Menschen, d.h. 28,1 Prozent aller Arbeitskräfte tätig (vgl. Tabelle 1). Dieser im Vergleich mit anderen postsozialistischen Ländern große Anteil ist jedoch nur ein Ergebnis des großen Umfangs des privaten Eigentums in der Landwirtschaft (im Jahre 1988 - 77,4 Prozent aller Erwerbstätigen in Privatwirtschaft). Der Rest - 22,6 Prozent war in anderen Wirtschaftsbereichen (überwiegend Handwerk und Handel sowie Gastronomie) tätig.

Das schnelle Tempo der Entwicklung der Beschäftigung im staatlichen Sektor zeigt die Tabelle 2. Im Jahre 1975 erreichte der Anteil der in ihm Erwerbstätigen mit 73,4 Prozent das höchste Niveau. Der schnellste Zuwachs war während der Zeit möglich, in der der kommunistische Machtapparat am stärksten war. Der Ausbau des staatlichen Sektors sollte die Macht der herrschenden Bürokratie vergrößern und sozialistische Prinzipien nach sowjetischem Muster einführen. Ab 1980 ist eine Ausdehnung des privaten Sektors sichtbar. Die Relationen Staatswirtschaft - Privatwirtschaft ändern sich seit dem Anfang der Wirtschaftstransformation 1989

**Tabelle 2: Wandel der Erwerbsstruktur nach Eigentumsformen in den Jahren 1950-1991**

Jahr	E r w e r b s t ä t i g e				
	Staats- wirtschaft		Privat- wirtschaft		Gesamte Volkswirt- schaft
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000
1950	4 832	47,4	5 354	52,6	10 186
1955	6 790	59,2	4 677	40,8	11 467
1960	7 194	58,0	5 207	42,0	12 401
1965	8 531	63,1	4 990	36,9	13 521
1970	10 325	68,0	4 850	32,0	15 175
1975	12 202	73,6	4 370	26,4	16 572
1980	12 718	73,4	4 616	26,6	17 334
1985	12 259	71,5	4 885	28,5	17 144
1990	10 938	66,2	5 573	33,8	16 511
1991	8 800	55,3	7 100	44,7	15 900

Quellen:

GUS Rocznik Statystyczny 1991, Warszawa 1991, Tab. I, S.XXIV;  
Statystyka Polski Nr. 1/1992 in: Rzeczpospolita vom 6.02.92 (eigene Berechnungen).

während der Amtszeit der Regierung von T.Mazowiecki schnell, vor allem im Handel und Bauwesen und in der Industrie. Die Proportionen hängen jedoch vom Sinken der Gesamtzahlen der Erwerbstätigen in Polen auf 15,9 Mill. im Jahre 1990 ab. Die Zahl der Erwerbstätigen (wegen der Zunahme der Arbeitslosigkeit) nimmt vor allem in der Staatswirtschaft (in der Industrie und im Bauwesen) ständig ab. Darüber hinaus ändern sich die Proportionen zugunsten des privaten Sektors, außerhalb der Landwirtschaft waren 1991 schon 3,0 Mill. Personen tätig.

### **Landwirtschaft**

Ausschlaggebend ist die große Bedeutung der Landwirtschaft in Polen, wo es sich hauptsächlich um private Erwerbstätigkeit handelt. Dies ist mit der deformierten Agrarstruktur verbunden. Kleine Landwirtschaftsbetriebe bis zu 5 Hektar Bodenfläche bilden die Mehrheit (57,2 Prozent) aller privaten Landwirtschaftsbetriebe. Sie sind durch schlechte technische Ausrüstung gekennzeichnet und vermögen durch extensiven Einsatz billiger Arbeit der Familienmitglieder ihre Existenz zu sichern. Von den 4,1 Mill. Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter, die in eigenen Landwirtschaften arbeiten, hat die Mehrheit (56,2 Prozent - 2,3 Mill.) keine zusätzliche Beschäftigung. Sie leben nur von ihrer Arbeit in der eigenen Landwirtschaft.

Die Tabelle 3 zeigt die Erwerbstätigen im erwerbsfähigen Alter nach der Größe des Landwirtschaftsbetriebs. Hier wurden alle Personen berücksichtigt, unabhängig davon, ob sie noch andere Tätigkeiten ausüben. Davon arbeiten 45,9 Prozent in den Landwirtschaften bis zu 5 Hektar. Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten auf 100 ha beträgt in Polen 26,7 Personen. Die größte Verdichtung der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft gibt es in Südostpolen - bis zu vierzig Personen auf je Hundert Hektar. In dieser Region überwiegen kleine Betriebe bis zu 5 ha. Vor allem dort hat man mit versteckter agrarischer Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung zu tun.

Aufgrund der deformierten Agrarstruktur und infolge der Überindustrialisierung formierte sich eine heterogene soziale Schicht der Nebenerwerbs- und Zuerwerbslandwirte (chłopi-robotnicy d.h. "Bauer-Arbeiter"), deren Zahl rund 2,4 Millionen beträgt<sup>2</sup>. Sie wohnen im eigenen Hof und pendeln jeden Tag. Die Mehrheit (89,4 Prozent) arbeitet vorwiegend außerhalb des eigenen landwirtschaftlichen Betriebs, für den Rest ist die zusätzliche Beschäftigung nur ein Zuerwerb. Sie stammen vor allem aus den Regionen mit großer Überbevölkerung auf dem Lande (Südost-

**Tabelle 3: Erwerbstätige im erwerbsfähigen Alter, die in eigenen Landwirtschaftsbetrieben arbeiten, nach genutzter Fläche des Betriebes 1988**

Betriebsgröße nach Bodenfläche in ha	in 1000	in %
Insgesamt <sup>a</sup>	4 111,5	100,0
0,5 - 1	321,7	7,9
1 - 2	484,8	11,8
2 - 5	1 081,4	26,3
5 - 7	563,7	13,7
7 - 10	641,6	15,6
10 - 15	589,9	14,3
15 - 20	214,9	5,2
20 und mehr	213,5	5,2

a) davon Männer: 56,7%; Frauen: 43,3%

Quelle:

GUS Struktura demograficzna i społeczno-zawodowa ludności, Warszawa 1990, S. 271, Tab. 14.

polen: Bielsko-Biala, Krakau, Krosno, Rzeszow, Kattowitz, Tarnobrzeg, Tarnow, Przemysl, Nowy Sacz, Czestochowa und Kielce). In diesen Woiwodschaften gibt es 43 Prozent aller polnischen Neben- und Zuerwerbslandwirte. Ganz anders sieht die Agrarstruktur in Nord- und Westpolen aus, wo der Anteil der landwirtschaftlichen Staatsgüter über 45 Prozent (Stettin, Koszalin, Slupsk, Gorzow Wlkp., Zielona Gora, Elblag, Olsztyn, Legnica, Pila) beträgt.

Die große Zahl der Neben- und Zuerwerbslandwirte ist ein schwieriges Problem. Angesichts der Wirtschaftskrise, der Restrukturierung der Industrie und der damit verbundenen Entlassungen sind sie nach dem Verlust des nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsplatzes gezwungen, sich ausschließlich mit eigener Landwirtschaft zu beschäftigen. Man beobachtet, daß Nebenerwerbslandwirte überdurchschnittlich häufig entlassen werden. Vor allem werden sich jene Nebenerwerbslandwirte in einer schwierigen Lage befinden, die einen Hof mit weniger als 5 ha Bodenfläche besitzen. Andererseits kann die Nebenerwerbslandwirtschaft die Folgen einer aufkommenden Arbeitslosigkeit mildern.

## Industrie

Der größte Teil (88,3 Prozent) der 4,9 Mill. Erwerbstätigen in der polnischen Industrie (1988) arbeitet in staatlichen Betrieben. In der Industrie gibt es einen Komplex, der sich aus Maschinenbau- und Elektroindustrie (27,8 Prozent aller Beschäftigten in der Industrie), Bergbau- und Elektro kraftwerkindustrie (13,4 Prozent) und Hüttenindustrie (4,3 Prozent) zusammensetzt. Er umfaßt 45,5 Prozent aller Erwerbstätigen in der Industrie.

Die Erwerbstätigkeitsstruktur in der polnischen Industrie wird von staatlichen Großbetrieben dominiert. Nach B. Haus (Ewolucja struktur organizacyjnych przemyslu, Warszawa 1983, S. 92) war der Konzentrationsgrad der Beschäftigung in der polnischen Industrie schon in den 1970er Jahren größer als in den USA. Im Jahre 1989 waren 52 Prozent der Arbeitskräfte der staatlichen Industrie in Betrieben mit je mehr als 2000 Arbeitnehmern beschäftigt (1800000 Personen; durchschnittlich 4283 Personen pro Betrieb) (Przemysl 1990, Warszawa 1991, S. 2 ff). Sie dominieren auf den lokalen Arbeitsmärkten und deformieren die Beschäftigungs- und Qualifikationsstruktur der gesamten Region.

Der industrielle Komplex ist durch die versteckte Arbeitslosigkeit stark belastet. M. Rutkowski (s. oben, Fußnote 1) schätzt das Niveau des Überbesatzes mit Arbeitskräften in der polnischen Industrie 1987 auf 25,6 und in der gesamten Volkswirtschaft auf 20 Prozent, M. Gora auf (s. oben, Fußnote 1) 20 bis 30 Prozent und J. Nowicki (s. oben, Fußnote 1) gibt diesen Anteil sogar 50 Prozent aller Arbeitskräfte in der Staatswirtschaft an. Die Hortung von eigentlich überzähligen Arbeitskräften hatte nicht immer ein so großes Ausmaß. Nach Rutkowskis Analyse (a.a.O.) hat sie in der polnischen Industrie in den 1980er Jahren deutlich zugenommen und folgende Anteile erreicht : 1970: 4,7 Prozent, 1975: 0,5, 1978: 4,6; 1980: 14,7; 1983: 22,6 und 1987 25,6 Prozent.

Die Voll- einschließlich Überbeschäftigung führte zu niedriger Arbeitsproduktivität, weil die Investitionen für die erzwungene und unnötige Nachfrage nach Arbeitskräften notwendigen nicht aufzubringen waren. Die niedrige Arbeitsproduktivität führte zu einem niedrigen Lohnniveau und dadurch niedrigen Lohnkosten, die wiederum einen Anreiz zur Hortung von Arbeitskräften darstellten. Diese waren notwendig, um die vorgeschriebenen Produktionspläne während eines unrythmischen Produktionsprozesses und bei hoher Spitzenbelastung in der Endphase unter Zeitdruck zu realisieren.

Für Bürger Westeuropas mag es wie ein Märchen klingen: Immer haben freie Stellen auf Arbeitssuchende gewartet, obwohl die allgemeine Erwerbsquote ständig wuchs. 1988 warteten sogar 93,4 freie Stellen auf einen Suchenden (Praca 1990, Warszawa 1991, S. 139, Tab. 5-7). Vor allem waren es freie Plätze für Arbeiter (Männer); Frauen und Angestellte waren benachteiligt. Diese Situation hat zur Vergrößerung der "negativen Kontrollmacht" (R.H. Hall: Organizations. Structure and Process., New Jersey 1972, S. 229) der Arbeitnehmer beigetragen (Macht mit der Richtung von unten nach oben). Da sie schwer ersetzbar waren, konnten sie die Entscheidungen der Vorgesetzten leichter beeinflussen und verschiedene Vorteile aus dieser Situation ziehen (geringe Arbeitsleistung, höhere Löhne).

## **Die soziale und demographische Struktur der Erwerbstätigkeit**

### **Frauenerwerbstätigkeit**

Charakteristisch für die polnische Erwerbsstruktur ist, daß fast alle Frauen vollzeitbeschäftigt waren. 1989 betrug ihr Anteil 93,9 Prozent. Angesichts der allgemein niedrigen Löhne war ihr Verdienst sehr wichtig für das Budget der Familie. Hingegen war Teilzeitarbeit unpopulär und lohnte sich nicht. Die staatliche Familienpolitik (Erziehungsurlaub, Urlaubsanspruch bei der Erkrankung des Kindes u.a.) hat die Erwerbstätigkeit der Frauen unterstützt. Der bezahlte Erziehungsurlaub dauert drei Jahre und das Krankengeld bei der Erkrankung des Kindes 60 Tage pro Jahr<sup>3</sup>. Ein weiterer günstiger Aspekt der Frauenerwerbstätigkeit ist, daß beide erwerbstätige Elternteile (und damit die ganze Familie) von der sozialpolitischen Unterstützung ihrer jeweiligen Betriebe profitieren können.

### **Berufliche Tätigkeiten**

Der Soziologe, der die Berufsstruktur der polnischen Erwerbspersonen analysieren will, muß sich auf die Daten des polnischen Zentralen Statistischen Amtes (GUS) stützen. Sie sind jedoch unvollständig. Man benutzt oft die dichotome Kategorisierung aller Erwerbspersonen und ordnet sie nach zwei Gruppen: Arbeiter (Handarbeiter) und Angestellte. In der staatlichen Wirtschaft dominierten die Arbeiter - mit rund 7,4 Mill. (Angestellte - ca. 4 Mill.). Diese Kategorisierung sagt jedoch wenig über die Berufsstruktur.

Mehr kann man schon von der Tabelle 4 erfahren, obwohl auch hier die neueren Informationen über die Berufsstruktur fehlen. Zum Beispiel gibt es wenig Angaben

**Tabelle 4: Erwerbspersonen nach Sozialkategorien 1988  
(aufgrund der Volkszählung)**

Kategorien	Erwerbspersonen in 1000	Anteil in %
Insgesamt	18 452,2	100,0
Hoher Kader vom Staatsapparat und von politischen Organisationen, Direktoren der Großbetriebe	28,4	0,2
Direktoren der übrigen Betriebe	82,5	0,5
Technische Angestellte	1 345,9	7,3
Nicht-technische Angestellte	2 510,2	13,6
Büropersonal	1 063,2	5,8
Angestellte im Handel und anderen Dienstleistungen (direkte Kontakte mit den Kunden)	982,0	5,3
Brigadiers (Vorarbeiter)	163,5	0,5
Arbeiter	7 199,2	39,0
<u>davon:</u>		
Industriearbeiter	3 859,3	20,9
Bauarbeiter	814,9	4,4
Landarbeiter	333,5	1,8
Transportarbeiter	913,9	5,0
Hilfsarbeiter	1 277,6	6,9
Besitzer von Kleinbetrieben und Werkstätten (Produktion, Dienst- leistungen und mithelfende Familienangehörige)	540,2	2,9
Bauern und mithelfende Familien- angehörige	4 033,9	21,9
Nicht klassifizierte Personen	503,2	2,6

Quelle:

GUS Praca 1990, Warszawa, Tab. 7, S. 11 (eigene Berechnungen)



über die Führungskräfte (Leiter). Die Daten über die Direktoren und den hohen Kader des Staatsapparats umfassen nicht alle Leiter. 1989 gab es in Polen 46300 staatliche Firmen. Die Angaben über die Leiter von deren Abteilungen und von anderen Einheiten fehlen. Diese Gruppen sind allgemein als Angestellte klassifiziert. Unterdessen hatten in der staatlichen Wirtschaft (öffentliches Eigentum) im Jahre 1988 rund 1,2 Mill. Personen Führungspositionen inne. Ihre Auswahl und Beförderung (es geht um alle leitenden Stellen bis zum Meister in der Betriebshierarchie) war den Regeln der Nomenklatur untergeordnet. Die Folge dieser Personalpolitik war der große Anteil der Parteimitglieder (75 Prozent, d.h. 900000) an den gesamten Führungskräften<sup>4</sup>.

Die Arbeiter sind überwiegend in der Industrie tätig - 3,3 Mill., d.h. 44,7 Prozent aller Arbeiter<sup>5</sup>. Die anderen Gruppen von Arbeitern sind vor allem im Bauwesen, Transport und in der Landwirtschaft tätig. Der Anteil der Arbeiter an den gesamten Arbeitskräften in der staatlichen Wirtschaft sinkt ständig. 1980 betrug er 66,6 Prozent, 1989 noch 63,2 Prozent (Praca 1990, Warszawa 1991, S.32). Durch die wachsende Arbeitslosigkeit wird sich diese Proportion zuungunsten der Arbeiterklasse verändern, weil der Abbau der Arbeitsplätze vor allem den staatlichen Sektor (Industrie, Landwirtschaft und Bauwesen) betrifft.

### **Mitgliedschaft in Gewerkschaften**

Die stärkste Gewerkschaft der Erwerbstätigen in der Staatswirtschaft ist die an der kommunistischen Partei orientierte OPZZ (Gesamtpolnische Verständigung der Gewerkschaften), die 127 verschiedene Gewerkschaften gruppiert. Sie hat fast 5 Millionen Mitglieder, d.h. etwa doppelt so viele wie "Solidarnosc". Fast 14 Prozent ihrer Mitglieder rekrutieren sich jedoch aus Rentnern. Die OPZZ setzt seit 1989 ihre Forderungsstrategie (Lohnerhöhung, soziale Sicherung, Schutz der Arbeitsplätze) fort.

Im Jahre 1990 hatte "Solidarnosc" 2,3 Millionen Mitglieder, aber deren Zahl nimmt ständig ab. Sie stammen überwiegend aus den staatlichen Firmen.

Die Situation der "Solidarnosc" ist schwieriger geworden. Ursprünglich hat deren Entstehung zur Institutionalisierung des sozialen Konflikts in Polen geführt. Sie hat alle Bürger (10 Mill. Erwerbstätige), die gemeinsame Werte hatten, gesammelt. Nach der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 wurde sie verboten und liquidiert, doch mit dem Sturz der kommunistischen Regierung erhielt sie theoretisch gute Chancen der Expansion, die jedoch nicht zustandekam, weil sich die Si-

tuation grundlegend änderte. Der Konflikt der Werte (sozialistisches gegen kapitalistisches Syndrom) verschwindet allmählich nach der Abschaffung der bisherigen politischen Strukturen und stattdessen zeigt sich der neue Interessenkonflikt zwischen verschiedenen sozialen Schichten, der früher gedämpft war<sup>6</sup>. Unter den neuen Bedingungen ist "Solidarnosc" nicht in der Lage, so viele Anhänger wie früher zu sammeln.

"Solidarnosc", die ein Motor und Stabilisierungsfaktor während der durch die Regierung durchzuführenden Transformationsprozesse sein sollte, verliert immer mehr ihre frühere dominante Rolle in den Betrieben und im gesamten Land. Sie ist nicht in der Lage, zwei widersprüchliche Ziele zu realisieren, die Aufrechthaltung der sozialen Mobilisierung und die Unterstützung der Transformationsprozesse gemäß den Regierungserwartungen einerseits und der Verteidigung günstiger Arbeitsbedingungen und des Arbeitsplatzschutzes andererseits. (Letzteres bedeutet praktisch die Übernahme der Rolle der Staatsgewerkschaften im alten Regime<sup>7</sup>. Das wirkt sich negativ auf die Position der "Solidarnosc" aus.

Im Februar 1991 haben von befragten Arbeitern (Stichprobe N= 2371; 383 Betriebe) 68,7 Prozent behauptet, daß niemand ihre Interessen wirklich vertritt. Als akzeptable Vertreter ihrer Interessen haben 12,6 Prozent "Solidarnosc" und 5,5 Prozent OPZZ genannt<sup>8</sup>. Man beachte, daß der tatsächliche Anteil von OPZZ-Mitgliedern (s. oben) höher ist, als es diese Meinungsumfrage erwarten läßt.

### **Wandel der Erwerbsstruktur in Polen infolge der Wirtschaftstransformation**

Seit September 1989 regiert in Polen eine nicht-kommunistische Regierung. Die ersten Grundreformen wurden ab 1990 eingeführt, obwohl manche Gesetze schon Ende 1989 verabschiedet wurden. Diese Gesetze stellten eine Grundlage für die Einführung der Marktwirtschaft dar. In den Jahren 1989-1993 sollen die Grundlagen der Marktwirtschaft geschaffen werden.

Infolge der Einführung marktwirtschaftlicher Regeln (Privatisierung, Freigabe der Preise, Verstärkung der Konkurrenz, Kürzung der Subventionen und Staatsausgaben, Entstehung eines freien Arbeitsmarktes, Schaffung eines Finanzmarktes, Einführung der freien Konvertibilität der Währung und Liberalisierung des Außenhandels) kommt es in Polen und anderen postsozialistischen Ländern zum Wandel der Erwerbsstruktur. Diese Prozesse werden mit einem langjährigen Konjunkturrückgang einhergehen. Die Umschichtung von Arbeitsplätzen aus jenen Bereichen,

in denen sie weniger benötigt werden, in andere Bereiche (z.B. Dienstleistungen), wird dabei auch eine schnelle Zunahme der Arbeitslosigkeit sein.

Die Umwandlung der Eigentumsstruktur wird Probleme verursachen (Arbeitslosigkeit, Senkung der Produktion und des Konsums, usw.). Infolgedessen wird man mit dem Dilemma des Teufelskreises zu tun haben<sup>9</sup>. Je schneller die Privatisierung und andere Reformen durchgeführt werden, desto höher werden die Kosten sein, die von immer größeren Teilen der Gesellschaft getragen werden müssen. Vorteile erzielen dabei nur kleine Gruppen. Aber: Je schneller sich die Demokratisierung entwickeln wird, desto wichtiger wird die Einstellung und Wahloption der Mehrheit sein. Als Verlierer im Transformationsprozeß wird die Mehrheit die Reformen blockieren. Deswegen sollte die erfolgreiche Reform die Einschränkung der Demokratie verlangen, weil die erfolgreiche Demokratie die Reformen verhindern könnte. Wie kann man das Dilemma lösen? Die gefundene Lösung wird das Tempo der Privatisierung und der ganzen Transformation als auch des Wandels der Erwerbsstruktur bestimmen.

Angesichts der nach der Privatisierung der Staatsgüter drohenden Arbeitslosigkeit sind die Stimmen derer populär, die eine radikale Privatisierung ablehnen. 1990 wurde ein gemischtes Modell der Wirtschaft mehrheitlich unterstützt. Nach W.Adamski ist von Befragten fast die Hälfte (48,9 Prozent) nur für eine eingeschränkte und 23,3 Prozent gegen jedwede Privatisierung der Großbetriebe. Allgemeine Unterstützung hat bei den Befragten nur die Privatisierung der staatlichen Landwirtschaft und des Handels gefunden<sup>10</sup>.

Das Ergebnis ist keine große Überraschung. Anzumerken ist dabei, daß im Jahre 1990 in der Staatswirtschaft 10,5 Mill. Personen tätig waren. Nach der Privatisierung von 45 Prozent des staatlichen Vermögens in den Jahren 1991-1993 sollen davon 4,7 Millionen Beschäftigte betroffen sein, in der Mehrheit Arbeitnehmer von Großbetrieben. Die obigen Einstellungen widerspiegeln deshalb die Interessen der Belegschaften. Im Jahre 1990 nahm die Beschäftigung in der Staatswirtschaft um fast 2 Millionen Personen ab. Andererseits nahm sie im privaten Sektor nur um 500000 zu.

Das soziale Klima war ungünstig für Balcerowicz's Stabilisierungsprogramm<sup>11</sup>. Im Frühjahr 1992 ist es teilweise gescheitert. Dies zeigt auf die sinkende Unterstützung der Bevölkerung für eine schnelle Wirtschaftstransformation.

## Zu erwartender weiterer Wandel der Erwerbsstruktur in Polen

Aufgrund der bisherigen Überlegungen kann man eine Reihe von Hypothesen über die zukünftigen Entwicklungen der Erwerbsstruktur in Polen aufstellen:

1. Infolge der Transformationsprozesse, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und des Verzichts auf die Politik der Vollbeschäftigung wird die Erwerbsquote drastisch sinken.
2. Ein neues Element der Erwerbsstruktur wird für längere Zeit die Arbeitslosigkeit sein. Schon im Juli 1992 gab es in Polen 2,4 Mill. Arbeitslose, eine Arbeitslosenquote von 13,1 Prozent (Rynek Pracy 8/1992, S. 41). Der Grund für eine langfristige Arbeitslosigkeit ist vor allem struktureller Art: Die Erwerbsquote muß insgesamt gesenkt werden, einige soziale Gruppen werden nachhaltig vom Arbeitsmarkt verdrängt.

Die Transformationsprozesse wirken sich unterschiedlich auf verschiedene Segmente des Arbeitsmarktes (gegliedert nach z.B. Wirtschaftssektoren und Eigentumsformen oder nach qualifikatorischen und sozialen Gruppen) aus. Jedes Segment hat andere Entwicklungs- und Anpassungsmöglichkeiten und reagiert anders auf die marktwirtschaftlichen Bedingungen. Deswegen sind Dynamik und Umfang des Wandels der Erwerbsstruktur von Segmentationsmerkmalen abhängig. Ausgehend von der Annahme, daß die Erwerbsquote langfristig sinken wird, kann man folgende Problemgruppen bereits jetzt erkennen:

- 2.1. Langfristig wird es zu einer Verdrängung eines großen Teils der Frauen vom Arbeitsmarkt kommen. Vor allem wird die Vollzeitbeschäftigung von Frauen sinken. Man kann eine Zunahme von Frauen-Teilzeitarbeit erwarten. All dies wird die Erwerbsstruktur wesentlich verändern.
- 2.2. Ältere, besonders weniger qualifizierte Arbeitskräfte werden vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt verschwinden.
- 2.3. Die Jugendarbeitslosigkeit ist von der Bildungspolitik abhängig. Da traditionell ein relativ großer Anteil einer demographischen Kohorte die Hochschule besucht und die finanziellen Mittel im Bildungsbereich knapp sind, ist auch eine

vermehrte Jugendarbeitslosigkeit wahrscheinlich. Ungewiß ist, ob es gelingt, die Jugendlichen verstärkt für eine mittlere Schul- und Berufsschulbildung zu interessieren.

- 2.4. Statusgruppen, wie unqualifizierte Arbeitnehmer und Nebenerwerbslandwirte, werden von der Arbeitslosigkeit bedroht, sofern es gelingt, das qualifikatorisch-technische Niveau der Arbeitsplätze zu heben. Das gleiche gilt für einzelne Sektoren.
3. Es stellt sich auch die Frage, wie sich die Privatisierung auf die Abnahme der versteckten Arbeitslosigkeit in der Industrie und Landwirtschaft und auf die Zunahme der gesamten Arbeitslosenzahl auswirkt.

Man kann folgende Trends erwarten: Die bisherige Dominanz des staatlichen Eigentums wird eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit spielen, da ein großer Teil der Betriebe privatisiert wird. Privatwirtschaft und Staatswirtschaft sind zwei Systeme mit unterschiedlicher Logik und Entwicklungsdynamik. Die Abnahme der Beschäftigung in einem Sektor wird jedoch nicht zu gleicher und zudem unzureichender Zunahme im anderen führen.

In der ersten Phase der Reformen und während der damit verbundenen Wirtschaftsrezession wird die versteckte Überbeschäftigung am Arbeitsplatz trotz Rationalisierung der Arbeitsprozesse und Reduzierung des Personalbestandes wachsen. Ihre Abnahme ist erst später zu erwarten.

Während der Realisierung des oben genannten Stabilisierungsprogramms von L.Balcerowicz in Polen in den Jahren 1990-1991 hat man mit der Zunahme der versteckten Arbeitslosigkeit zu tun. Im Jahre 1990 sank die Produktion viel stärker als das Arbeitsvolumen. Bei Rückgang der Produktion in der Industrie um 25 Prozent nahm die Beschäftigung nur um zehn Prozent ab. Nach M.Gora (s. oben, Fußnote 1) ist dies auf folgende Faktoren zurückzuführen: Erstens gibt es bei den niedrigen Arbeitskosten keinen Anreiz, in großem Umfang Arbeitskräfte zu entlassen. Zweitens gewähren die Gewerkschaften einen starken Schutz der Arbeitnehmer vor der Entlassung durch die Gewerkschaften.

Auf allgemeinem Niveau wird ein Wandel der intra- und intersektoralen Proportionen stattfinden. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit im Dienstleistungssektor wird mit einem Beschäftigungsrückgang zunächst in der Industrie einhergehen. Viel später (nach zunächst einer Zunahme) erfolgt er auch in der Landwirtschaft, wo die Abnahme der Erwerbstätigkeit erst mit der Belebung der gesamten Wirtschaft und der Vergrößerung der Nachfrage nach Arbeitskräften verbunden sein wird.

- 4.1. Ungewiß ist, ob die Landwirtschaft in der Lage sein wird, mittelfristig einen Teil von Entlassenen zu übernehmen und damit die negativen Folgen der Massenarbeitslosigkeit zu mildern.

In Polen kann man zuerst mit der Zunahme der Beschäftigung in der privaten Landwirtschaft (wegen der Übernahme der entlassenen Nebenerwerbslandwirte) und mit der Abnahme in der staatlichen Landwirtschaft rechnen. Dies wird zur Zunahme der versteckten agrarischen Arbeitslosigkeit führen. Eine Zunahme der Beschäftigung fand in der polnischen Landwirtschaft bereit statt, entgegen dem Trend in Westeuropa.

5. Infolge des Wandels der Eigentumsstruktur und der Zunahme der privaten Erwerbstätigkeit wird es zur Bildung neuer sozialer Schichten und zur Änderung der Qualifikations- und Bildungsstrukturen kommen.
  - 5.1. Die Herausbildung "neuer" Selbständigkeit und Dienstleistungen wird genau zu beobachten sein. Der Mittelstand - als wesentliches Element einer Gesellschaft unter marktwirtschaftlichen Bedingungen - wird jetzt stark unterstützt. Dies geht mit einer massiven Verarmung einher, findet auf Kosten anderer sozialer Schichten statt und wird sicherlich soziale Konflikte verursachen.
  - 5.2. Man kann auch mit einer in großem Ausmaß auftretenden Verdrängung der Neben- und Zuerwerbslandwirte aus solcher Tätigkeit und mit dem Rückgang oder sogar Verschwinden dieser heterogenen sozialen Schicht rechnen. Infolge des Verlusts der zweiten Beschäftigung wird sie mit der Bauernklasse verschmelzen.
  - 5.3. Der Wandel der Agrarstruktur, d.h. die Verminderung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Vergrößerung ihrer Fläche sowie die Privatisierung

der staatlichen Landwirtschaft,<sup>12</sup> wird zum Entstehen einer Schicht von Großgrundbesitzern führen.

- 5.4. Der Arbeiteranteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird sinken.
- 5.5. Der neue Bedarf der Wirtschaft (wegen der Einführung neuer Technologien, des Computereinsatzes, der schnellen Entwicklung der internationalen Beziehungen und des Handels sowie des Marketings) wird sich an hochqualifizierten Arbeitskräften orientieren. Infolgedessen werden sich die Bildungssysteme und dann die Bildungs- und Qualifikationsstruktur wesentlich ändern. Die Zahl der ungelerten Arbeitnehmer wird zugunsten der hochqualifizierten Arbeiter und Spezialisten sinken<sup>13</sup>.
- 5.6. Man kann einen Beschäftigungsrückgang in den verschiedenen Apparaten erwarten. Viele politische Organisationen werden abgeschafft werden. Infolge der Entmonopolisierung und der Dezentralisierung der wirtschaftlichen Strukturen (auch wegen der Privatisierung) werden viele Stellen abgeschafft werden. Dabei wird es zum Austausch des Personalbestands der Bürokratien (Abschaffung der Nomenklatur) kommen.
- 5.7. Diese Prozesse werden zur Entstehung neuer klassen- und statusbezogener Ungleichheiten und der Vergrößerung der Differenzierung der Lebensstile beitragen.
6. Es wird zu einer Arbeitskräfteverschiebung zwischen den Regionen kommen. Diese werden aus den Regionen mit stagnierender Industrie in Regionen mit moderner Industrie abwandern.

## Anmerkungen

- 1 Der nachstehende erste Abschnitt stützt sich auf folgende Publikationen, von denen auf einzelne auch im weiteren verwiesen wird:  
Gora, M.: Shock therapy for the Polish labour market., in: International Labour Review, 2/1991, S. 150 ff.;  
Gramatzki, H.-E.: Beschäftigungssystem und Beschäftigungspolitik in der UdSSR, in: Wandlungen der sowjetischen Arbeitsverfassung, H.-E. Gramatzki, K. Westen (Hrsg.), Berlin 1991, S. 93 ff.;  
Granick, D.: Job rights in the Soviet Union: their consequences, Cambridge, Mass. 1987, Kapitel 10; Höhmann, H.: Sowjetische Arbeitswelt im Umbruch, in: Wandlungen...(s. oben, Gramatzki), S. 55 ff.;  
Kapl, M., Sojka, M., Tepper, T.: Unemployment and market-oriented reform in Czechoslovakia., in: International Labour Review, 2/1991, S. 200;  
Kraljic, P.: The economic gap separating East und West, in: The Columbia Journal of World Business, 4/1990, S. 16;  
Ksiezopolski, M.: The labour market in transition and the growth of poverty in Poland, in: Labour und Society, 16/2 1991, S. 176;  
Novak, A., Varin, C: La nouvelle question sociale en Tschecoslovaquie, in: Revue francaise des affaires sociales, 4/1990, S. 37 ff.;  
Nowicki, J.: Paradoxy pelnego zatrudnienie, Warschau 1990; Rutkowski, M.: Labour hoarding and futur open unemployment in Eastern Europe: The case of Polish industry, London School of Economics, Discussion paper 6, 1990, S. 1 ff., S. 29;  
Thieme, H. J., Eckermann, H.: Ostmitteleuropas schwieriger Weg zur Marktwirtschaft, in: Außenpolitik, Nr. 2/1991.
- 2 Strzelecka, J.: Bezrobocie w rodzinach chlopow-robotnikow jako problem spoleczny i badawczy, IPISS Ekspertyzy - Informacje 15/1991, S. 14.
- 3 Vgl. H. Goralska, A. Wiktorow: Ubezpieczenia spoleczne w krajach socjalistycznych, Warszawa 1987, Kapitel 3.
- 4 Vgl. K. Ziemer: Erwerbstätigkeit und Sozialstruktur, in: W.Wöhlke (Hrsg.), Länderbericht Polen, Bonn 1991, S. 101.
- 5 Die Grundlage dieser Angaben bilden alle Beschäftigten in der Staatswirtschaft im Jahresdurchschnitt (umberechnet in Vollzeitarbeitsplätze). So lassen sich die Abweichungen zu den Angaben in der Tab. 4 erklären, wo alle Erwerbspersonen in der Volkswirtschaft in die Berechnung eingehen.
- 6 Siehe A. Wnuk-Lipinski: Deprywacje spoleczne a konflikty interesow i wartosci, in: Polacy `90. Konflikty i zmiana, Warszawa 1991, S. 15 ff.
- 7 Vgl. M. Tatur: Zur Dialektik der "civil society" in Polen, in: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, R. Deppe, H. Dubiel, U. Rödel, Hrsg., Frankfurt 1991, S. 247 ff.
- 8 Siehe Gardawski, J.: Pracownicy o polityce i gospodarce, Warszawa 1991, S. 22.
- 9 Siehe P. Sztompka: Dylematy wielkiej transformacji a szanse socjotechniki, in: Gospodarka Narodowa 2 - 3/1992, S. 20.
- 10 Vgl. W. Adamski: W obliczu prywatyzacji: poparcie i sprzeciw, in: Polacy `90. Konflikty i zmiana, a.a.O., S. 83.
- 11 Siehe Poland 90/91. International Economic Report, Warsaw 1991, S. 28 ff; Handbook of economic reconstruction, S. White, (Hrsg.), Longman Current Affairs, Essex 1991, S. 162 ff.
- 12 Vgl. W. Trzeciakowski: Ogolne problemy zmian systemowych, Referat na sesje Sekcji Socjotechniki PTS, Warszawa 1991.
- 13 Siehe S. Borkowska: Rynek pracy. Szanse powodzenia walki z bezrobociem, in: Praca i Zabezpieczenie Spoleczne 2-3/1991, S. 11.



